

Protokoll
zur 43. Tagung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky am 09. Oktober 2023

Öffentlicher Teil

Tagungsleitung:	Frau Uhlemann	Oberbürgermeisterin
Teilnehmer:	Herr Barthel Herr Beinlich Herr Gothan Herr Gottschling Herr Halke Herr Kagelmann Herr Konschak Herr Menzel Herr Neudeck Herr Prause-Kosubek Herr Schulze Herr Schuster Herr Wolff	Stadtrat Stadtrat Stadtrat Stadtrat Stadtrat Stadtrat Stadtrat Stadtrat Stadtrat Stadtrat Stadtrat Stadtrat Stadtrat
Es fehlt entschuldigt:	Herr Mrusek Herr Simmank Herr Polossek	Stadtrat Stadtrat Stadtrat
Mitarbeiter(innen):	Frau König Frau Seibt Herr Girbig Herr Schlüter	FBL Stadt- und Wirtschaftsentwicklung FBL Finanzen und Controlling FBL Personal- und Hauptverwaltung Nachhaltigkeitsmanager
Protokoll:	Frau Brussig	
Gäste:	5	
Ort:	Bürgerhaus Niesky, großer Saal	
Beginn:	18:00 Uhr	
Ende:	20:01 Uhr	
Tagesordnungspunkte:	lt. Einladung	

Gefasste Beschlüsse: Keine

TOP 1
Eröffnung der Tagung

Frau Uhlemann eröffnet die 43. Tagung des Stadtrates und begrüßt die anwesenden Stadträte, Mitarbeiter der Verwaltung und Gäste.

TOP 1.1

Bestätigung der Beschlussfähigkeit

Von 16 Stadträten sind 13 anwesend. Drei Stadträte fehlen entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

TOP 1.2

Bestätigung der Tagesordnung

Die frist- und ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.

Die Tagesordnung wird im Einverständnis mit den Stadträten geändert. In den Nieskyer Nachrichten wurde zur Einwohnerfragestunde eingeladen, ebenso stand die Schulbezirkszusammenlegung als TOP auf der Tagesordnung, die in der schriftlichen Einladung der Stadträte dann nicht vorgesehen war. Auf Grund dessen sind Bürger in der Sitzung erschienen. Die Stadträte stimmen der Anhörung der anwesenden Bürger zu, jedoch der Punkt zur Schulbezirkszusammenlegung wird nicht beraten. Der Einfügung einer Einwohnerfragestunde wird zugestimmt.

In der Einladung gibt es versehentlich zwei Tagesordnungspunkte Nummer 4. Der zweite Punkt 4 wird in 4.1 umgewandelt. Auch dem wird zugestimmt.

TOP 1.3

Bestätigung des Protokolls der letzten Tagung

Das Protokoll der 36. Tagung des Stadtrates vom 06.02.2023 liegt von den Stadträten Herrn Neudeck und Herrn Halke unterschrieben vor und wird ohne Hinweise und Anmerkungen bestätigt.

TOP 1.4

Bekanntgabe von Beschlüssen

Es sind keine Beschlüsse bekannt zu geben.

Einwohnerfragestunde

Herr Schwinner-Strachwitz erkundigt sich, ob der Stadtverwaltung und den Stadträten das Großplakat Ausfahrt Niesky bekannt ist. Nicht allen Stadträten ist dieses bekannt. Es wurde herausgegeben vom Bundesamt für Gesundheit. Er beschreibt, was er auf diesem Plakat sieht und möchte wissen, ob dazu die Stadtverwaltung eine Stellungnahme abgeben musste. Er findet das Plakat als eine Grobheit.

Frau Uhlemann antwortet, dass das Plakat auf einer privaten Fläche steht und die Plakataufsteller privat angemietet werden. Die Stadt Niesky wird dahingehend nicht gefragt und informiert.

Herr Prause-Kosubek unterrichtet dazu die Anwesenden, dass es sich hier wahrscheinlich um eine Kampagne zur Verhinderung von übertragbaren Geschlechtskrankheiten handelt. Er fragt in die Runde, wo das hinführen würde, wenn die Stadtverwaltung Niesky Einfluss auf Inhalte nehmen würde, die plakatiert werden.

Frau Uhlemann schließt die Anfrage mit der Aussage ab, dass die Stadtverwaltung dafür keine Rechtsmittel hat.

Herr Schwinner-Strachwitz bedankt sich für die Anhörung und verlässt die Sitzung.

Zwei weitere Bürger, die zur Schulbezirkszusammenlegung erschienen sind, werden gefragt, ob sie dazu etwas sagen möchten. Diese sind nur zur Beratung des Themas erschienen. Frau Uhlemann erklärt, dass die Schulbezirkszusammenlegung momentan Thema frühestens im Monat

Dezember zur Beschlussfassung kommt. Grund dafür ist, dass diese Thematik noch in den Ortschaftsräten auf der Agenda steht und anzuhören ist.

TOP 2

Informationen zum Stand der Beteiligungsprojekte

Frau Uhlemann berichtet zu den Beteiligungsprojekten der Jahre 2022 und 2023 der Stadt Niesky.

Das erste Beteiligungsprojekt, was die Stadt akquirieren konnte, war über die Förderrichtlinie des Justizministeriums „Beteiligung“, mit dem Titel „Ansprechbar“. Dieses hatte eine Dauer von einem halben Jahr. Personalkosten, Beschaffung, Miete und Honorare wurden mit 90 % gefördert. Es diente der Erprobung verschiedener Beteiligungsformate. Darüber finanziert wurden Bürgerdialoge am Bahnhof, in der Jahnhalle und in der Bibliothek. Das Projekt wurde eingesetzt für Dialogformate der Oberbürgermeisterin auf Festen und in regelmäßigen Abständen auf dem Wochenmarkt, im Quartier, mit dem Ziel den Kontakt zu den Bürgern zu intensivieren. Dazu wurden Aufstellische und ein Pavillon angeschafft. Weiterhin wurde über dieses Projekt die Verlegung der Stadtratsarbeit von der Jahnhalle ins Bürgerhaus mitfinanziert.

In den Dialogveranstaltungen u.a. in der Jahnhalle wurde vielfach der Wunsch geäußert einen steten Ansprechpunkt in Ergänzung zu den Bürgersprechstunden zu etablieren. Frau Uhlemann beschreibt die Bürgerschaft die zu den Sprechstunden auf dem Wochenmarkt und am Bahnhof kommt. Es braucht daher einen Ansprechpunkt zu Fragen der Politik, des Stadtgeschehens, der dauerhaft etabliert ist und verschiedene/alle Bevölkerungsgruppen anspricht und erreicht.

Somit wurde in Zusammenarbeit mit Frau Baumann ein weiterer Antrag gestellt, der den Projektnamen „Ansprechbar Direkt“ trägt. Das ist der Folgeantrag auf Landesmittel, ebenfalls mit 90 % Förderung. Dieser hat einen Zeitraum von drei Jahren und geht bis 2025. Dieser beinhaltet Personalkosten, die stationäre Ansprechbar (Ladengeschäft), Abwicklung einiger Kosten für den Kommunalen Entwicklungsbeirat (Moderationskosten), div. Kosten der Ansprechformate der Oberbürgermeisterin bei Festen und auf dem Wochenmarkt und die Stadtratsarbeit im Bürgerhaus. Hauptziel ist die Anmietung eines Ladengeschäftes als Ansprechbar, sichtbar im Stadtzentrum. Anvisiert wurde zuerst das leerstehende Geschäft auf der Horkaer Straße 1.

Da es kostenmäßig nicht möglich war, Miet- und Personalkosten auskömmlich über das Projekt zu finanzieren, wurde auf Empfehlung des Justizministeriums ergänzend mit dem gleichen Titel ein weiteres Projekt akquiriert gemäß Förderrichtlinie „Soziale Orte“ des Sozialministeriums. Damit soll die Anmietung eines Ladengeschäftes als stationäre AnsprechBar als Anlaufstelle für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sichtbar in einer Einkaufsstraße geschaffen werden. Diese Räume sollen auch dem City-Manager, der Verwaltung, der Oberbürgermeisterin, Vereinen, dem Händlerstammtisch und den Fraktionen zur Verfügung stehen.

Für diese stationäre AnsprechBar wurden zwei Objekte in die engere Wahl genommen. Die Horkaer Straße 1 und die Muskauer Straße 5. Den Stadträten wird dazu eine Kostenübersicht gezeigt. Frau Uhlemann stellt die Vor- und Nachteile gegenüber. Nun soll entschieden werden, welcher Raum zukünftig als AnsprechBar dienen soll.

Im Jahr 2022 erhielt die Stadt Niesky einen Zuschuss von 10.000,00 € zur freien Verwendung für die Erprobung eines Formates zur Bürgerbeteiligung: dem Kommunalen Entwicklungsbeirat (KEB). Am 16.10.2023 findet dazu die offizielle Presskonferenz statt und damit ist die Erprobung des KEB abgeschlossen. Die Mittel sind dann restlos verbraucht und seitens der berlin governance platform werden auch keine Weiteren in Aussicht gestellt.

Das letzte Projekt in der Familie der Beteiligungsprojekte der Stadt Niesky heißt „Jugend entscheidet“ und soll eine Verbesserung der Jugendbeteiligung erzielen. Hier betrug das Budget zur freien Verwendung in Ergänzung zu fachlicher Beratung seitens der Hertie Stiftung 5.000,00 €. Es wurden regelmäßig Treffen mit Jugendlichen durchgeführt unter fachlicher Begleitung. Es wurden Projekte entwickelt. Eine Einweihung eines Projektes – der Volleyballplatz - gibt es am

17.10.2023 um 10.00 Uhr am Holz. Damit ist dieses Projekt abgeschlossen und es gibt keine Fortsetzung der Förderung. Es besteht jedoch die Möglichkeit einer weiteren fachlichen Beratung durch „Jugend entscheidet“, einem Netzwerk von Fachleuten, jedoch wird bei diesem Projekt kein Personal oder Sachkosten nur Beratung finanziert.

Zum Abschluss der Vorstellung der Beteiligungsprojekte stellt Frau Uhlemann Fragen heraus, die einer Entscheidung durch den Stadtrat bedürfen. Zum einen geht es um die Anmietung eines Ladengeschäftes und zum anderen ob und wie mit der Fortführung des Kommunalen Entwicklungsbeirates verfahren wird.

Zuerst fragt sie in die Runde zur Anmietung des Ladengeschäftes, in dem man sichtbar politische Arbeit und Vernetzung leisten kann. Aus der Diskussion der Stadträte fällt die mehrheitliche Entscheidung für das Objekt Muskauer Straße 5. Gründe dafür sind, dass es barrierefrei ist, keine Umbauarbeiten notwendig sind. Die Kosten sind zwar höher, aber die Räume sind sofort bezugsfähig. Frau Seibt befürwortet ebenfalls diese Variante, da in der Horkaer Straße ca. 10.500 € errechnet wurden, um die Räume entsprechend herzurichten.

Bezüglich des KEB plädiert der Stadtrat eindeutig für die Weiterführung. Beteiligungsarbeit ist wichtig und sollte auf gar keinen Fall zurückgefahren werden.

TOP 3

Vorstellung Projekt KoMoNa

Frau Uhlemann führt zur Thematik ein und stellt Herrn Schlüter vor. Er ist seit 1.9.2023 bei der Stadt als Nachhaltigkeitsmanager angestellt.

Herr Schlüter begrüßt alle Anwesenden und stellt sich vor. Das Projekt beinhaltet die Förderung von kommunalen Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen (KoMoNa). Dieses Projekt wurde im Januar 2023 beantragt und im August 2023 bewilligt. Dieses ist für zwei Jahre befristet. Dieses ist finanziert über das Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Die Förderung beträgt 249.452,45 € (80 %), der Eigenanteil umfasst 20 % = 62.363,11 €. Die 20 % werden gedeckt durch Preis- und Wettbewerbsgelder sowie Haushaltsmittel. Die Schnittstellen in der Zusammenarbeit liegen bei der Oberbürgermeisterin und Frau König FBL Stadt- und Wirtschaftsentwicklung. Weiterhin hat Herr Schlüter die Beteiligungsprozesse von Frau Baumann übernommen.

Als nächstes spricht Herr Schlüter zu seiner Person, seinen Erfahrungen und zu seiner Ausbildung.

Im Folgenden stellt er die Projektmaßnahmen vor, wie die Erstellung nachhaltiger Entwicklungskonzepte, Beratungen zu Nachhaltigkeitsthemen und konkrete Maßnahmen. Zudem werden diese Themen durch Bürger- und insbesondere Jugendbeteiligungsformate unteretzt. Dabei geht es um generationsspezifische Formate, themenspezifische Kommunale Entwicklungsbeiräte und interkommunale Veranstaltungen sowie Mitmachformate. Die Präsentation dazu wird als Anlage mit dem Protokoll übergeben.

Herr Prause-Kosubek fragt an, ob es schon konkrete Vorstellungen gibt, den KEB weiterzuführen. Dazu gibt er einen Einblick über die geleistete Arbeit des KEB und befürwortet eine unbedingte Fortführung dessen.

Herr Schlüter kann sich die Fortführung des KEB vorstellen und freut auf die Kommunikation mit der Bürgerschaft.

Herr Prause-Kosubek hinterfragt die Verstetigung der Jugendbeteiligung und ob diese eine Grundvoraussetzung ist oder eine Empfehlung.

Frau Uhlemann spricht über die notwendigen finanziellen Mittel für die Durchführung eines KEB. Grundsätzlich gibt es verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung eines KEB. Es werden zukünftig Moderationskosten anfallen, die bis jetzt ehrenamtlich getätigt wurden. Diese Kosten können über das Projekt Nachhaltige Kommune gestemmt werden. Sie befürwortet die Weiterführung des KEB.

Herr Menzel fragt, wie nach zwei Jahren die Fortführung abgesichert wird. Es wurden schon einige Projekte durchgeführt aber nicht nachhaltig.

Herr Schlüter berichtet, dass er bereits viele Jahre in der Projektarbeit tätig war und bestätigt, dass nicht immer Projekte fortgeführt werden konnten. Herr Menzel gibt es Herrn Schlüter zur Aufgabe, dass die Organisation so weit hergestellt ist, dass es weiterlaufen kann.

Herr Kagelmann stellt seine Frage an die Stadträte und Verwaltung, in weit diese weiterhin die Fortführung von Beteiligungsarbeit mittragen. Frau Uhlemann spricht auch im Namen der drei anwesenden Führungskräfte. Es gibt eine enge Verzahnung der Projektarbeit mit der Verwaltungsarbeit z.B. bei Gewässer, Grünflächen u.a.m. Von der Verwaltung wird ein klares Signal zur Weiterführung des KEB gesetzt.

Herr Girbig erlebte bei der Mitarbeit im KEB eine sinnvoll gelebte Bürgerbeteiligung. Beteiligung ist grundsätzlich positiv. Die Verwaltung hat beim KEB regelmäßig mit unterstützt und an Wochenenden die Veranstaltung begleitet. Grundsätzlich gibt es eine Befürwortung, wenn Fördermöglichkeiten in Aussicht gestellt werden. Zu berücksichtigen ist dabei die Personalsituation.

Es wurden keine weiteren Fragen gestellt.

TOP 4

Vorstellung der Einzelmaßnahmen zur Umsetzung des Gebietsintegrierten Handlungskonzeptes zur nachhaltigen integrierten Stadtentwicklung

Frau Uhlemann gibt zur Kenntnis, dass der Fördermittelbescheid aus dem EFRE für Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung bewilligt wurde. Ausgangssituation war die Erarbeitung eines Gebietsbezogenen integrierten Handlungskonzeptes (GIHK mit insgesamt 15 Maßnahmen zur Beantragung von Fördermitteln aus dem EFRE Förderprogramm 2021 – 2027. Mit Beschluss des Stadtrates im Dezember 2022 erhielt das Konzept seine Bestätigung. Dabei wurden zuwendungsfähige Ausgaben in Höhe von 17.189.630 € beantragt. Der am 13.09.2023 zugestellte Bescheid lautet: genehmigte zuwendungsfähige Ausgaben iHv 4.766.667 €, darin befinden sich Eigenmittel in Höhe von 1.191.667 € (25 %). Darin enthalten sind 560.000 € für eine weitere Maßnahme, die nicht auf der Positivliste steht. Für die Umsetzung der Maßnahmen auf der Positivliste verbleiben somit 4.206.667 €.

Frau König wird gebeten, den aktuellen Stand der Bearbeitung darzulegen. Sie informiert die Stadträte, dass das EFRE-Programm jetzt umbenannt wurde in Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung (NiSE). Der Bewilligungszeitraum läuft von 2021 bis 2027. Da erst in diesem Jahr der Bewilligungsbescheid eingegangen ist, wird davon ausgegangen, dass sich der Zeitraum um ein bis zwei Jahre verlängert. Sie bezieht sich nochmals auf das aufgestellte GIHK mit 15 Maßnahmen. Diese werden in einer Tabelle gezeigt.

Ende des Jahres 2022 wurden alle Maßnahmen detailliert vorgestellt. Die Beantragung belief sich auf die zuvor genannten 17.189.630 €. Die Höhe der Zuwendung richtet sich nach der EW-Zahl. Genehmigt wurden 4.766.667 € abzüglich der 560.000 €. Darin sind die 25 % Eigenmittel enthalten und eine Maßnahme die nicht auf der Positivliste steht. Im EFRE können von den genannten Eigenmitteln bis zu 15 % über Drittmittel abgewickelt werden. Es können über private Beteiligte oder andere Institutionen Mittel eingeworben werden. Sie erklärt den Stadträten die Positivliste.

Frau König kommt zu den Maßnahmen und erklärt die Tabelle. Von den 15 Maßnahmen sind zwei nicht investiv (Nr. 13 – Erstellung GIHK und 14 - Projektbegleitung). Die Projektbegleitung müsste als erster Schritt ausgeschrieben und über einen Projektträger für die Stadt Niesky abgewickelt werden. Frau König erklärt anhand der Liste, dass die grün unterlegten Maßnahmen bewilligt wurden, rot unterlegte Maßnahmen sind komplett rausgefallen und orange unterlegte Maßnahmen sind vom Grundsatz her förderfähig, aber es sind darin nicht alle Bestandteile förderfähig. Dabei handelt es sich um die Maßnahmen 6 und 10. Die förderfähigen Kosten werden erläutert, über die restliche Finanzierung der nicht förderfähigen Mittel muss beraten werden. In einer weiteren Übersicht wurden alle förderfähigen Projekte aufgestellt und von Frau König benannt. Bei Durchführung aller geplanten Maßnahmen unter Berücksichtigung, dass die Maßnahmen 10 Straße am Bahnhof und 6 Regenwasserkanal nicht gefördert werden, ein Defizit von 697.833 € verbleibt. Das heißt, dass nicht alle Kosten voll gefördert wurden und einige Maßnahmen kostengünstiger gestaltet oder rausgenommen werden. Bis Ende des Jahres 2023 müssen alle Maßnahmen ins Förderportal eingegeben werden.

Als erstes steht die Vergabe der Projektbetreuung. Die Ausschreibung soll noch bis zum Ende des Jahres erfolgen. Diese und alle weiteren Ausschreibungen sind sehr umfangreich, viele Sonderauflagen sind zu berücksichtigen. Es ist ein erhöhter Arbeitsaufwand erforderlich. Im Jahr 2024 muss jede Einzelmaßnahme beantragt und die Leistungsphase 3 hinterlegt sein. Frau König verweist nochmals auf die hohen Anforderungen des Fördermittelgebers und deren Umsetzung. Darüber sollte noch mal im TA beraten und im Stadtrat entschieden werden, ob alle Maßnahmen eingereicht werden. Frau König benennt die ersten drei Prioritäten, mit denen begonnen wird. Sie bittet die Stadträte ihre Fragen zu stellen.

Herr Kagelmann bittet um Klärung des Betrages von 560.000,00 €. Frau König erklärt, dass es zusätzliche Mittel sind, die mit eingerechnet wurden, die der Stadt auch zustehen für Maßnahmen, die nicht auf der Positivliste stehen. Auf Grund der Einwohnerzahl erhalten einige Gemeinden zusätzlich dieses Fördergeld, was aber beantragt werden muss. Das sind folgende Maßnahmen: das Bahnhofsgebäude, der Güterschuppen, Nebengebäude am Bahnhof, ehemaliges Fokoradgebäude. Es ist zu überlegen, ob dieses Geld beantragt wird und was damit zu machen ist, da mit der Summe die Maßnahmen nicht zu finanzieren sind. Frau König will sich informieren, ob man diese Mittel mit einer anderen Fördermaßnahme kombinieren kann. Frau König erklärt die Zusammensetzung der Fördergelder in Höhe von 4.904.500,00 € und 4.282.407.501,00 €. Ende 2023 sollte es zu einer Beratung kommen, welche Maßnahmen aus personellen und finanziellen Kapazitäten prioritär umgesetzt werden können.

Herr Prause-Kosubek schlägt vor, eine Richtung für die Stadtentwicklung der zukünftigen Jahre anzustreben. Priorisierung ist wichtig, ebenso das Festhalten an der Positivliste, aber auch Maßnahmen gegen Starkregen u.a. Witterungseinflüsse sollten vorrangig bedient werden. Er erkennt den Arbeitsaufwand, den die Verwaltung hat, aber spricht sich für die Umsetzung der Beantragung in vollem Umfang der Positivliste aus.

Herr Kenschak ergänzt die Diskussion aus den Beratungen des TA. Diese Maßnahmenliste wurde in der Vergangenheit erarbeitet. Er ist ebenso der Ansicht, dass es eine Mammutaufgabe ist, bis Ende des Jahres die Maßnahmen zu beantragen und im Folgejahr planerisch zu untersetzen und auf den Weg zu bringen. Er kann nur hoffen, dass es mit dem zur Verfügung stehenden Personal zu schaffen ist. Ein weiteres Problem sieht er bei der Bürgerhaus GmbH. Das Gebäude ist für eine Sanierung im Energiebereich und eine Gesamtmodernisierung vorgesehen. Er hat Bedenken, dass nach der Sanierung auch das entsprechende Personal da ist, weil jetzt schon ein drastischer Personalmangel besteht.

Frau König unterrichtet die Stadträte über die derzeitige Personalsituation in ihrem Bereich. Die Personenzahl für die zuständigen Maßnahmen ist sehr überschaubar. Es ist eine Vielzahl von Großprojekten, die in den nächsten drei bis vier Jahren umgesetzt werden sollen. Dabei hat sie große Bedenken. Sie ist davon überzeugt, dass alle Maßnahmen wichtig sind, beantragt wurden, aber nebenher auch die Verwaltungsarbeit am Arbeitsplatz weiterlaufen muss.

Frau Uhlemann unterstreicht, dass abzuwägen ist, was schaffbar und prioritär ist, wo man externe Hilfe zur Unterstützung herbekommen kann. Grundsätzlich sind in jeder Städtebauförderung Mittel für eine Begleitung inbegriffen, welche aber nicht für alles zuständig ist. Die Stadt ist in der Pflicht, es wird kein Spaziergang, das ist allen bewusst. Trotzdem ist die Stadt Niesky in der glücklichen Lage, dass viele beantragte Maßnahmen bewilligt wurden und nun hat die Stadt die Chance und die Möglichkeit, sich die Dinge herauszusuchen, die für sie machbar sind.

Es wurden keine weiteren Fragen gestellt.

TOP 4.1

Vorstellung des Projektes „Neuaufstellung eines Flächennutzungsplanes

Frau König wird gebeten, ein weiteres bewilligtes Projekt vorzustellen. Das Förderprogramm heißt FR Regio Plan. Dieses Programm unterstützt die Aufstellung von Bebauungs- oder Flächennutzungsplänen. Hintergrund dieses Programmes ist es, dass große Flächen für Investoren bereitstehen sollen. Die Stadt Niesky hat sich mit einer Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans beworben. Es werden zukünftig keine Änderungen aus B-Planverfahren mehr eingearbeitet, so wie das in der Vergangenheit gemacht wurde.

Gesamtfortschreibung heißt, der Plan wird neu erstellt. Die drei einzelnen Flächennutzungspläne mit Ortschaften werden nun in einem gemeinsamen Plan zusammengefasst.

Die Nutzung der Flächen wird für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre geplant. Der Flächennutzungsplan ist die Vorstufe von Bebauungsplänen und dieser legt die Nutzung für sämtliche Flächen fest. Der Zuwendungsbescheid kam Mitte September. Mittel wurden bewilligt in Höhe von 199.000,00 €. Die Förderquote liegt bei 50 %. Es wurden nicht alle eingereichten Kosten angerechnet. Somit beträgt die Zuwendung eine Höhe von 84.443,00 €. Diese Summe wird für das Jahr 2024 und 2025 im Haushalt der Stadt eingestellt. Die Kosten, die nicht anrechenbar waren, belaufen sich auf ca. 30.000,00 €. Dafür muss eine Ausschreibung erfolgen über ein Planungsbüro. Dieses wird über die Notwendigkeiten aufklären und somit regeln sich vielleicht auch die fehlenden Mittel. Die Ausschreibung wird dieses Jahr noch auf den Weg gebracht. Somit kann im Jahr 2024 schon mit dem beauftragten Planungsbüro gearbeitet werden. Die Fertigstellungsfrist ist für Ende 2024 vorgegeben. Frau König rechnet jedoch mit einer Verlängerung. Die Umsetzungszeit liegt vermutlich bei zwei Jahren oder länger. Die Kommune leistet ihre Zuarbeit dem Planungsbüro. Auch die Mitarbeit der Stadträte ist gefragt, wie sie sich die Entwicklung in der Stadt Niesky zukünftig vorstellen. Diese Daten werden dann analysiert. Danach beginnt die Einarbeitung in die Planunterlagen und dann beginnt das Verfahren mit seinem vorgeschriebenen gesetzlichen Weg. Detailliert dazu wird dann Frau König nochmals berichten, wenn das Planungsbüro feststeht.

Frau Uhlemann ergänzt, dass es seit den 90iger Jahren, keine Fördermöglichkeiten mehr für die Erstellung von Flächennutzungsplänen gab. Die Stadt Niesky hat daher die Chance der neu aufgelegten Förderung umgehend genutzt. Es wird weiteres Personal erforderlich sein, um die Maßnahme zu stemmen.

TOP 5

Grundstückangelegenheiten

Keine.

TOP 6

Planungsangelegenheiten

Keine.

TOP 7

Mitteilungen aus der Verwaltung

Frau Uhlemann verweist auf den 16.10.2023. An diesem Tag findet eine Pressekonferenz mit der Übergabe der Ergebnisse des Kommunalen Entwicklungsbeirates statt. Anwesend wird Gesine Schwan sein. Frau Uhlemann bittet um Teilnahme.

Am 17.10.2023 um 15.00 Uhr findet die Einweihung des Volleyballplatzes statt.

Am 23.10.2023 wird der Technische Ausschuss auf 18.00 Uhr verschoben. Um 16.30 Uhr ist Treffpunkt am „Kleinen Christoph“ im Wachsmannhaus. Dort wird die Einweihung unter Anwesenheit von Staatsminister Thomas Schmidt stattfinden.

Am 25.10.2023 um 17.00 Uhr findet eine Besichtigung den Friedhofes Ödernitz mit den neuen Grabanlagen statt.

TOP 9

Anfragen und Anträge der Stadträte

Herr Prause-Kosubek bittet um Auskunft, wann die Auswertung des Herbstfestes stattfindet. Ihm war bekannt, dass die Stadträte dazu mit eingeladen werden.

Zur Vorplanung der Sitzungstermine für das Jahr 2024 merkt er an, dass nach Möglichkeit die Ferienzeiten mit zu beachten sind.

Herr Girbig antwortet, dass bezüglich der Herbstfestauswertung in Gegenwart von Toni Heide noch kein Termin gefunden werden konnte. Der Termin hängt von Herrn Heide ab. Herr Heide wird zu gegebenem Zeitpunkt eine Einladung senden.

In der Verwaltung wurde die Berücksichtigung der Ferientermine für die Gremiensitzungen schon ins Auge gefasst.

Herr Kagelmann erkundigt sich zum Stand der Rosensporthalle. Frau König antwortet, dass die Vergabe für den Abriss an den TA delegiert wurde. Der Abriss ist für Anfang Oktober geplant. In den nächsten Tagen erfolgt die Anlaufberatung und danach beginnt der Abriss.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Frau Uhlemann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.01 Uhr.

Kathrin Uhlemann
Oberbürgermeisterin

Bernd Barthel
Stadtrat

Lothar Halke
Stadtrat

Brüssig
Protokollantin